

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einmalige Bestellungen 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Kops. Alle Verkäufe, Postbestellungen und andere Anordnungen zu jeder Zeit des Tages. Abbestellung des Bezugspreises. — Abbestellung des Bezugspreises erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 3-spaltige Zeile 20 Kops., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Zeile 15 Kops. — Nachzahlungsgeld 20 Reichspfennig. — Anzeigenpreis für die Wilsdruffer Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 befristet. Anzeigenpreis für die Wilsdruffer Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 befristet. Anzeigenpreis für die Wilsdruffer Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 befristet.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 109 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Mittwoch, den 11. Mai 1932

Finanzen und Arbeitsbeschaffung Scharfe Angriffe gegen Minister Groener Große Aussprache im Reichstag. Sturm nach der Ruhe.

Berlin, 10. Mai.

Die Opposition kommt zum Wort. Man möchte Goethes „Faust“ etwas verändern und sagen: Das Erstaunliche, hier wird's Ereignis. Erstaunlich war schon, daß am Tage vorher bis zur letzten Minute der Reichstag sich einer freundlichen Behandlung des Entwurfs eines Schuldentilgungsgesetzes befleißigte. Noch erstaunlicher war, daß er jetzt in dieser ungewohnten Tonart fortfuhr.

Der erste Oppositionsredner, der Deutschnationale Dr. Bang, blieb scharf bei der Sache, ohne aber jemals persönlich zu werden. Es entwickelte sich sogar hier und da ein kleiner Anflug zu einer Diskussion zwischen den Rednern und den Juristen aus dem Hause selbst. Ebenso entwickelte Straffer von der Nationalsozialistischen Partei ruhig und sachlich in langen Ausführungen das wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Programm seiner Partei. Eine ganz eigenartige Stimmung liegt über dem Hause, die noch verhärtet wird dadurch, daß gerade dieser Mann als Redner gemeldet worden war. Er ist ja genannt worden als künftiger Ministerpräsident in Preußen und das ganze Haus wartet förmlich darauf, daß irgendeine Anspielung seitens des Redners erfolgt, die man politisch für etwaige Koalitionsverhandlungen ausdeuten kann.

Aber diese ruhige und sachliche Behandlung syppt hart in das Gegenteil um, als es nun zur allgemeinen politischen Aussprache kommt. Auch hier wieder tritt als erster Redner ein Nationalsozialist die Tribüne, und zwar Goehring. Bald fängt die Abgeordnetenszene im Hause zu locken an, und als der erste Ordnungsruf gegen Goehring fällt, wird, da bricht der Vizepräsident Esser in die verweifelten Worte aus: „Aber Herr Abgeordneter, wir haben doch nun anderthalb Tage lang so ruhig verhandelt!“ Das verhindert aber nicht, daß dieser Oppositionsredner Angriff auf Angriff gegen die Regierung ansieht, und daß dieser Ansturm in der rhetorischen Frage an den Reichskanzler gipfelt, ob unser Pariser Vorkämpfer von Hoeßch in wiederholten dringenden Telegrammen das Verbot der SA- und SS-Formationen gefordert habe, um den Boden der Verständigung mit Frankreich zu ebnen.

Da erhebt sich der Reichskanzler, und winkt zum Präsidenten hinüber. Aus dem Saale tönen laute Rufe von der Mitte und links her. „Läßt den Kanzler reden!“ Ein Augenblick Ruhe tritt ein und in diese Ruhe hinein dringt das Wort Dr. Brüning: „Ich kann diese Frage sofort beantworten, und zwar dahin, daß sich in keinem Telegramm der Vorkämpfer von Hoeßch mit der Frage eines Verbots der SA, jemals beschäftigt hat.“

Der Gegenstoß der Regierung auf die Angriffe der Opposition wurde dann durch den Reichsinnen- und Reichswehrminister Groener geführt, der sich in bemerkenswert scharfen Formen gegen die Nationalsozialisten wandte. Von einer ruhigen Beratung kann nun natürlich nicht mehr die Rede sein.

Sah für Sah der Rede des Ministers wird von stürmischem Widerspruch der Rechten begleitet. Als der Minister schließlich geendet hat, begibt sich der Abgeordnete Straffer (Nat.-Soz.) zur Tribüne und stellt den Antrag, die Rede des Ministers durch Schallplatten im Rundfunk zu verbreiten, damit sich das deutsche Volk ein Urteil darüber bilden könne, ob dieser Minister noch fähig ist, für die öffentliche Ordnung und Ruhe zu sorgen. Auf die Frage des Vizepräsidenten Esser, ob er den Antrag ernst meine und die bejahende Antwort des Abgeordneten Straffer wird dieser vom Vizepräsidenten nicht bloß aus dem Saale, sondern gleich aus dem Hause vertrieben. Daraus erhebt sich ein derartiger Lärm im Sitzungssaal, daß der Präsident die Sitzung unterbricht.

Sitzungsbericht.

(62. Sitzung.) CR, Berlin, 10. Mai.

Der Reichstag feht die Beratung des Schuldentilgungsgesetzes in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache fort.

Abg. Dr. Bang (Dn.) gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Reichstag überhaupt noch der Ehre teilhaftig werde, zu Finanz- und Haushaltsberatungen hinzugezogen zu werden. Man will damit, so erklärt er, den Anschein erwecken, als ob auf dem wichtigsten Gebiete des Staatslebens noch verfassungsmäßig regiert werde. Die schon vor acht Tagen erfolgte Erklärung, den Haushalt im Falle seiner Ablehnung durch Notverordnung zu verlinken, beweist deutlich genug, daß

dieses Reichstagsstagnation nur eine leere Farce ist und daß ihr eine sachliche Bedeutung nicht zukommt. Die Regierung vergißt weiter, daß der Dauermissbrauch des Art. 48 die Entwertung ihres Instrumentes bedeutet, das nicht für die Not eines Kabinetts, sondern für den höchsten Notfall

des Staates geschaffen worden ist. (Sehr richtig b. d. Dn.) Der Eindruck, daß dieser staatliche Notfall gegeben sei, bedeutet eine Verächtlichmachung der Wahrheit, weil er durch das Dauerregieren nach Art. 48 erst mitverantwortlich worden ist. (Sehr richtig b. d. Dn.) Wir leben jetzt von Notverordnungen am laufenden Band.

Es sind nicht nur alle öffentlich-rechtlichen Sicherungen durchbrochen, sondern es sind auch die privatrechtlichen Rechtsgrundlagen ins Wanken geraten. Es gibt heute keine Rechtsicherheit mehr. So leben wir tatsächlich in einem Zustande der Verfassungslosigkeit. Die Regierung hat sich seit Jahr und Tag durch Notverordnung Milliarden von Kreditermächtigungen erteilt und damit die Zukunft in nicht verantwortlichem Ausmaß belastet. Wir verlangen Verlegung einer Zusammenstellung über alle bisherigen Selbstbewilligungen von Krediten usw. Bei der Haushaltsrechnung 1930 sind schwere Unregelmäßigkeiten festgestellt worden. Man verweigert jede Aufklärung über die

Verwendung von 500 000 Mark für Wahlzwecke.

Im Preßsinn hat man wenigstens offenherzig zugegeben, daß 765 Stück einer Schmähschrift gegen Eugenbergs aus Haushaltsmitteln verteilt worden sind. Aber den Erfolg der geplanten Anleihe wird man sich täuschen. Die Vorlage wird unter keinen Umständen den Zusammenbruch des Haushaltswehens aufhalten. Die Haushaltsgeschichte der letzten vier Jahre ist die Geschichte des Zusammenbruchs aller Hoffnungen, Hoffnungen und Versprechungen, wie auch aller Vorausberechnungen der Regierung. Man hat dem Volke selbst in höchster Not die Wahrheit verschwiegen. In einem gesunden Staate lebt die Wirtschaft von der Politik; bei uns lebt seit dreizehn Jahren die Politik von der Wirtschaft mit dem Erfolge ihrer Verkünder. Ingesamt sind im Rechnungsjahre 1931 trotz aller Steuererhöhungen und Neubelastungen fast 1,5 Milliarden weniger aufkommen als im Vorjahre. Man hat deshalb vor der Anwendung letzter und verzweifelter Mittel nicht zurückgeschreckt.

Die Vorverlegung der Aprilrate aus Einkommensteuer- und Körperschaftsteuervorauszahlungen auf den März kann ich nur als rechtswidrig bezeichnen. Sachlich bedeutet dieser Vorgang eine gefühllose Prozentanteilerhöhung der Einkommensteuer, einkommenrechtlich bedeutet er eine Staatsverfälschung. Währung und Reichsgebiet sind bei uns etwas geworden, das wir als Kinder auf dem Jahrmarkt als „Mädchen ohne Unterleib“ ankaufen. (Heiterkeit.) Im höchsten Maße ernst liegen die Dinge vor allem in Sachen mit seiner dichten Bevölkerung, wo die Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen und sonstigen Rentempfänger fast durchweg erschöpft sind. Und zu alledem der doch nun offensichtliche Zusammenbruch des Systems unserer Sozialversicherung.

Hessen kann uns allein die Bekretung und Entlastung der freien Wirtschaft bei grundsätzlicher Umstellung des staatssozialistischen Apparates. Das gilt auch für die Arbeitsbeschaffung. Wozu ist das Gegenteil geschehen. Ingesamt hat seit 1925 eine Steigerung der Belastung des Steuerzahlers von 4,2 Prozent stattgefunden, und zwar wesentlich bei den direkten Belastungen. Nächstens werden die Steuern wahrscheinlich mit dem überauskommando eingetrieben. Es ist jedenfalls kein Wunder, wenn die rigorose Praxis der Steuerbehörden in steigendem Maße zu Verzweiflungsfällen führt. Wir verurteilen solche Verzweiflungsfälle, aber eins muß einmal ausgesprochen werden: Die intellektuellen Urheber solcher Verzweiflungsfälle sitzen auf deutschen Regierungsbänken! Auf dem bisherigen Wege notverordnen wir uns in den Untergang. Auch der neue Etat wird mit Notverordnungen nicht zu halten sein. Wir sehen heute am Ende einer dreizehnjährigen Politik der Hoffnungen. Das System von heute ist gewogen und zu leicht beizulegen. Seine Uhr ist abgelaufen. Das ist der Sinn dieser letzten und schwersten Krise unseres Volkes. Es bleibt heute nur noch ein Wunsch: Daß der Zusammenbruch dieses Systems nicht den endgültigen Zusammenbruch unseres Volkes bedeuten möge. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Baltrusch (Volkspat. Reichsbug.) stimmt dem Schuldentilgungsgesetz mit Einschluß des Kreditermächtigungsgesetzes zu. Die wichtigste Frage sei die, wie die Beschäftigungslosen wieder in Arbeit zu bringen sind. Ohne Befestigung der Tributzahlungen sei die Belegung der Wirtschaft nicht möglich. Die Reichsregierung müsse das Rein aufrechterhalten. Wer für völlige Aukarität einträte, drücke den Lebensstandard des Volkes herab. Entscheidend sei, daß Deutschland die Auslandskredite erhalten bleiben, und zwar unter gleichen Bedingungen. Die Beschaffung eines Überbrückungskredites für die sofortige Herannahme von Auslandsanträgen sollte sofort in die Hand genommen werden. Der Redner setzt sich für Verstärkung der ländlichen Siedlung wie auch der vorstädtischen Kleinsiedlung und für die Einziehung arbeitsloser Industriearbeiter des Westens in die ländliche Siedlung ein. Einem weiteren Lohnabbau müsse sich die Reichsregierung mit allen Mitteln widersetzen.

Abg. Straffer (Nat.-Soz.) führt aus, die Reichsregierung beschwänke ihre ganze Politik auf den Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung. Alle Wahlen, so erklärt der Redner weiter, haben den unabhälligen

Aussieg der nationalsozialistischen Bewegung gezeigt. Wenn man heute sagt, dieser Aufstieg sei lediglich die Folge der großen Unzurückbarkeit im Volke, so muß man fragen: Woher kommt die Unzurückbarkeit? Sie ist die Schuld der Regierung und der Regierunagsparteien. Es reicht

auch nicht aus, als Grund dieses Aufstieges das neu-erwachende Nationalgefühl anzunehmen. Der Aufstieg ist in erster Linie der Protest des Volkes gegen einen Staat, der das Recht auf Arbeit und die Wiederherstellung des Nationalgefühls behindert. Wenn es der Verteilungsapparat der letzten Weltwirtschaft nicht verleiht, die Gaben der Natur zugunsten der Völker gerecht zu verteilen, so muß er eben geändert werden. Das Volk protestiert gegen eine Wirtschaftsordnung, die nur an Gold, Profit und Dividenden denkt und die vergessen hat, an Arbeit und Leistung zu denken. Man fordert vom Staat, daß mit diesem materialistischen Denken gebrochen und für ehrlich geleistete Arbeit ein ehrliches Auskommen gewährleistet wird. Diese Sehnacht beweist, daß wir

vor einer großen Zeitwende stehen, vor der Überwindung des Liberalismus, vor dem Auskommen eines neuen Denkens und vor einer neuen Einstellung der Wirtschaft. Nach siebzig Jahren einer unerhörten Wachstums- und Wohlstandspolitik, in denen Millionen deutscher Arbeiter den Sozialdemokraten die Verbesserung ihres Lebens in Hoffnung anvertraut haben, wissen sie nichts anderes zu sagen als: Arbeitszeitverkürzung, Völkerrfrieden und Klassenhaß. Sie befehlen sich zum Gedanken der Völkerverföhnung, während Deutschland von waffenstarrten Mächten umringt ist, und sie fordern die Möglichkeit, sich demgegenüber durchzusetzen, wenn sie im eigenen Volke den Klassenhaß zur sinnlosen, zerstörenden Parole erheben. Auch wir wollen Frieden, Frieden nach außen und Ordnung im Innern. Wer die augenpolitischen Behauptungsmöglichkeiten Deutschlands zertrütert, zertrütert damit auch die Lebensfähigkeit des deutschen Arbeitnehmers. Arbeitszeitverkürzung bedeutet praktisch lächerlichen Lohnabbau für Millionen, Minderung der Kaufkraft, Verringerung der Arbeitsmöglichkeit. Sie ist ein Unrecht an den Erwerbslosen. Weil man ihnen keine Arbeit geben kann, möchte man einen Ausgleich auf einem Wege schaffen, auf dem alle verhungern. Wenn die Arbeitszeitverkürzung nur da durchgeführt werden würde, wo sie möglich ist, wäre die Entlastung gleich Null. An dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften könnten wir unter entsprechenden Bedingungen mitarbeiten. Wenn man heute mit dem Gedanken umgeht, die Sozialversicherung, die reiflos fertig ist, in die Hände der Vertriebenen zu geben, muß man sich klar sein, daß das Zusammenbrechen der deutschen Sozialversicherung überhaupt bedeuten würde. Die Gewerkschaften sollten Obacht geben, ob sie die Tolerierung des Kabinetts noch zusehen können, wenn dabei die Sozialpolitik in die Brüche geht.

Das Arbeitsproblem ist mit finanziellen Mitteln überhaupt nicht mehr zu lösen. Notwendig ist eine von allen Sonderinteressen unabhängige Staatsgewalt, die die Rettung der Nation verbürgt. Alle Vorschläge zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bleiben Versuche am untauglichen Objekt ohne die Erkenntnis, daß die Kardinalfrage die Währungsfrage ist. Wie sinnlos die Goldwährung ist, ergibt sich daraus, daß der gesamte Goldvorrat in der Welt 50 Milliarden Mark beträgt, die internationalen auf Gold aufgebauten Schuldverpflichtungen aller Völker sich aber auf 1600 Milliarden Mark belaufen. Ich erinnere an

unsere seit Jahren vertretene Grundzüge:

Rettung der Bauernwirtschaften, Notwendigkeit der Binnen-erzeugung, Abbau des städtischen Zustroms, Gesundung von Handel und Weltwirtschaft, Steigerung des Inlandverbrauchs, Hand in Hand mit dem Vorkommen zum geschlossenen Wirtschaftskreislauf, Sicherung der Volksernährung, Organisation der nationalen Arbeit, Aufbau der Industrie, Erneuerung des Bodenrechts und — fast das Wichtigste — Verpflichung des deutschen Volksgenossen, seine Arbeitskraft im Rahmen der gesamten Nation zur Erzeugung lebenswichtiger Güter bereitzustellen, ob er das nun als Gehilfen oder als Vergarbeiter tun mag. Nicht Kapital schafft Arbeit, sondern umgekehrt: Arbeit schafft Kapital. Der Artikel 169 der Reichsverfassung wird einmal dahin zu ändern sein, daß jeder Deutsche das Recht auf Arbeit haben muß. Wir brauchen ferner eine großzügige Wohnungs- und Bevölkerungspolitik. Das Wohnproblem ist das größte aller sozialen Probleme. Insbesondere muß durch den Bau von Eigenheimen der Lage des Großstädters Rechnung getragen werden.

Der Rückgang der Einsuhr ist nicht eine Folge von Stelgerung der Selbstversorgung, sondern eine Folge trostlos gewordenen Armut. Wenn wir

den deutschen Boden meliorisieren,

erhöhen wir den nationalen Reichtum und brauchen dazu nicht als die Mobilisierung der Arbeitskräfte. Wir haben dabei die Möglichkeit, Tariflöhne zu bezahlen bei einer genau durchdachten, vom heutigen kapitalistischen Denken sich in wichtigen Punkten freimachenden Finanzierung. Wir haben 2 1/2 Millionen brachliegende Ob- und Moorflächen. Hier müßte der Arbeitsdienst eingesetzt werden. Die ersten großen Arbeitsbeschaffungsaufträge müssen vom Staat ausgehen, weil kein Unternehmer dazu instande ist. Die Urdarmachung brachliegender Flächen würde jährlich für 100 000 Menschen neue Siedlungsmöglichkeiten schaffen. Der Redner beschäftigt sich weiter mit Einzelfragen, wie dem Lohnproblem, der Remobilität der Landwirtschaft, Einfuhrdrohungen, Kontrolle des Lebensmittelmarktes, Vereinfachung des Systems der landwirtschaftlichen Verbände, und macht dann eingehende Vorschläge zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung, u. a. im Zusammenhang mit der Schaffung einer Bau- und Wohnungsbank. Als Wichtigstes bezeichnet er die Herabsetzung des Zinsfußes auf ein erträgliches Maß. Wir haben von jeder nicht bezweifelt, daß Reichstanzler Brüning mit seinem Willen an die Bewältigung der Probleme herangegangen ist. Aber er hat sich dabei mit Parteien verbündet, mit denen man einfach nicht zusammengehen kann. Das ist hier vorgeschlagen habe, wird draußen von Millionen Deutscher unserer Bewegung und auch von außerhalb unserer Bewegung lebenden Kräften eines Tages anerkannt werden müssen. Regieren kann man nur mit großen Parteien, die weitgehend diszipliniert sind und die das Vertrauen der Massen des deutschen Volkes haben. Dieses Vertrauen haben